Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 80 (1988)

Heft: 4

Artikel: SPS : Bilanz und Zukunftsaussichten

Autor: Gruner, Erich

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355293

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

SPS: Bilanz und Zukunftschancen

*Erich Gruner**

Jede Geschichte ist Zeitgeschichte, also Gegenwartsanalyse. An dieser banalen Feststellung ist vor allem beunruhigend, dass sich der «Zeitgeschichtler» zwar mit der Gegenwart intensiv befasst, aber diese trotzdem nicht à fonds kennen kann. Ich habe deshalb im folgenden nichts anderes in die Waagschale zu werfen als eine gewisse Vertrautheit mit der Arbeitergeschichte. Einen ereignisgeschichtlichen Überblick deute ich nur an. Ich gliedere also nach fünf *sachlich* bestimmten Gesichtspunkten.

1. Allmählicher Übergang in eine sozialistische Gesellschaft oder «Diktatur des Proletariats»?

Die SPS unterscheidet sich von der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und andern europäischen Schwesterparteien dadurch, dass sie sich von der fatalistisch wirkenden Erwartung eines «revolutionären *Endziels*» distanzierte. An ihre Stelle setzte sie eine «konkrete Utopie». D. h., sie befürwortete eine Programmatik, welche dem Arbeiter Erleichterung in seinem harten Alltagsleben anbot. Sie legte also den Nachdruck auf die *«Bewegung»*. Erst die zunehmende Neigung der Behörden, im Auftrag der Unternehmer Streiks mit Polizei- und Militäreinsatz zu begegnen, veranlasste die ursprünglich friedfertigen Gewerkschaften, sich 1908 zum «proletarischen Klassenkampf» zu bekennen. Nun waren sie auch bereit, sich eng an die SPS anzuschliessen. In den damals etwa 60–80 Arbeiterunionen der Schweiz waren die beiden Partner kaum mehr voneinander zu unterscheiden, auch nachdem sie sich organisatorisch in Gewerkschaftskartelle und Stadtparteien getrennt hatten. Daran änderten zunächst auch die neuen Programme nichts, in denen sich die SPS (1959) zur Konkordanz und der SGB (1960) zu einem *«expansiven Wirtschaftswachstum»*... bei *«Chancengleichheit jeder Wirtschaftsform»* bekannten. Das Jahr 1971 war insofern ein wichtiger Einschnitt im Leben der schweizerischen Arbeiterbewegung, als sich für deren Wählerpotential bei der faktisch patriarchalischen Struktur der Arbeiterfamilie die Einführung des Frauenstimmrechts schädigend auswirkte. Seit 1971 litt die SPS ferner an der sich seither verstärkenden Tendenz ihrer Anhänger, sich nach Rechts (Nationale, Autopartei) oder nach Links (POCH, Grüne) abzusetzen oder die politische Aktivität überhaupt aufzugeben.

* Professor Dr. Erich Gruner war bis 1985 Leiter des Forschungszentrums für schweizerische Politik und Professor für Sozialgeschichte und Soziologie der Politik an der Universität Bern.

Im Anschluss an den Artikel von Professor Gruner befindet sich in der Reihenfolge ihrer erstmaligen Nennung ein Verzeichnis der im Text kursiv gedruckten Persönlichkeiten. Marx und Lenin werden als allgemein bekannt vorausgesetzt.

Die «Linksradikalisierung («Diktatur des Proletariats»), ausgelöst von der permanenten Verfolgung von Streikenden, leitete neben *Ch. Naine* vor allem *Robert Grimm* ein. Er wies 1906/10 den durch ihre Streikerfahrungen erbitterten Gewerkschaften die Aufgabe zu, als «Treibriemen einer kommenden Revolution» zu dienen. Grimm dachte strategisch nicht anders als *Lenin,* aber nicht so gewalttätig und «voluntaristisch» wie dieser (gezielter Wille zur Revolution). In Anlehnung an *Kautsky* vertraute Grimm – ganz anders als Lenin – der Automatik des Geschichtsprozesses: «Die bürgerliche Demokratie fällt, wenn der Kapitalismus in offenen Widerspruch gerät mit den Bedürfnissen der Mehrheit» (1910). Die «ungeheure Mehrzahl», von welcher *Marx* den Sieg des Proletariats erhoffte, spielte bei beiden eine vollkommen unterschiedliche Rolle.Bei 1913 zirka 100 000 im SGB Organisierten (zirka 14% der Erwerbstätigen) vertraute Grimm auf die total 733 000 Industrieproletarier (mit Einschluss von 200 000 Fremdarbeitern). Warum sollten sie die zirka 400–500 000 aktiven bürgerlichen Wähler nicht mit einem Massenstreik überrumpeln? Grimms hochfliegende Pläne gingen vor allem deshalb nicht in Erfüllung, weil die Gewerkschaften den Landesstreik von 1918 bloss als Defensiv- und Warnstreik verstanden. Für Lenin dienten die Millionen proletarischer Bauern Russlands (85% der Bevölkerung) in jenem Zeitpunkt überhaupt nur als Hefe der Revolution (Unruhefaktor), als er ihnen – rein taktisch gedacht – «Alles Land den Bauern» zurief. Die wirkliche Revolution wurde aber von einer kleinen entschlossenen Equipe von Berufsrevolutionären vollzogen; und zwar in dem von *Trotzki* gelenkten tollkühnen Staatsstreich im «roten Oktober» 1917.
Das schweizerische Bürgertum war nicht willens und darum auch nicht fähig, den riesigen Unterschied zwischen Lenin und Grimm und infolgedessen auch zwischen Kommunistischer Partei (KPS) und SPS zu erkennen. Noch 1935 trugen schweizerische Gewerkschafter auf bürgerlichen Plakaten gegen die Kriseninitiative Bolschewistenmützen. Die 1920 verkündete «Diktatur des Proletariats» sollte mehr den Rückzug der SPS in ein klassenmässig streng geschlossenes Getto ermöglichen als wirklich revolutionären Absichten Ausdruck verleihen. Demgegenüber suchte der SGB unter dem Druck der *Wirtschaftskrise* unter Einschluss von ebenso krisengeschädigten Bauern und Angestellten mittels der *«Kriseninitiative»* 1935 die 1918 nicht erreichte Volksmehrheit zu gewinnen. In der Abstimmung scharte er 43,8% der Wähler hinter sich. Im Bürgerblock drohte der Freisinn seine seit 1848 innegehabte Hegemonie zu verlieren (Fronde von «Linksbürgerlichen» wie Landesring und Jungbauern, von «Rechtsbürgerlichen» wie aus dem Freisinn stammende Frontisten und katholische Ständestaatler *(J..M. Musy* und *Ph. Etter).* Nur diese Notlage lässt uns verstehen, weshalb sich die Arbeitgeber der Maschinen- und Metallindustrie unversehens so bereitwillig zeigten, mit dem ihr damals zutiefst verhassten schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiter-Verband (SMUV) nach der Methode des «Divide et impera» (Teile und herrsche) 1937 einen Arbeitsfrieden abzuschliessen. Damit sollte die

mächtigste Gewerkschaft u. a. aus der durch die Kriseninitiative aufgebauten neuen Linksfront herausgebrochen werden. Freilich, auch der SMUV sehnte sich – nach einer fast pausenlosen Reihe von bürgerkriegsähnlichen Streiks – danach, seine havarierten Finanzen zu sanieren. Aus der Optik des SGB-Sekretärs *Max Weber* erschien der Waffenstillstand mit den Arbeitgebern von 1937 besonders im Hinblick auf das streng geheim behandelte, aber dem SMUV-Leiter *Konrad Ilg* bekannte drohende *bundesrätliche Streikverbot* als eine Entmachtung der Gewerkschaften.

Wer danach fragt, was SPS und SGB trotz diesen Niederlagen weiterhin zusammenhielt, hat in Kürze den ganzen *Gehalt der europäischen Arbeiterbewegung* von 1918 bis 1988 und ihr wechselndes Verhältnis zu Staat und kapitalistischer Wirtschaft zu analysieren. Diese Aufgabe ist um so weniger leicht zu lösen, als wir nicht mehr wie Marx und seine Nachfolger (Kautsky und *Hilferding)* von der naiven Annahme ausgehen können, «die *Resultate* der proletarischen Bewegung» sicher zu kennen und ebenso sicher daraus die sich als zwiespältig erweisende Prognose abzuleiten, je monopolistischer der Kapitalismus werde, desto leichter falle es einem mehrheitlich demokratischen Staat, das Erbe solcher Monopole anzutreten. Aus der verstaatlichten Wirtschaft ergebe sich automatisch eine sozialistische und damit von Unterdrückung befreite Gesellschaft.

Den Zweifel an der Treffsicherheit und Erklärungskraft dieser Theorien hat *Eduard Bernstein* schon 1898 angemeldet, als er Marxens Theorie und dann auch die politische Praxis des europäischen Sozialismus als partiell falsch erklärte und deren *Revision* postulierte. Bei aller Vereinheitlichung hatte sich die Arbeiterschaft so uneinheitlich entwickelt, dass Bernstein daran zweifelte, ob sie noch eine im Marxschen Sinne eng abgeschlossene *«Klasse für sich»* darstelle. Wies der Zwiespalt zwischen einem sich stets intensiver wandelnden sozioökonomischen *«Sein»* und einem autoritär stabil gehaltenen und damit falsch werdenden Klassen-*Bewusstsein* die Arbeiterbewegung nicht in falsche Richtung? Es ist ausgeschlossen, auch nur stichwortartig anzudeuten, wie revolutionär sich die wichtigsten Bestandteile des «Seins», die Produktivkräfte Arbeit, Kapital, Natur (Boden usw.) sowie Technik und Wissenschaft besonders seit 1945 gewandelt haben. Bernstein erkannte nach 1918 immer deutlicher, dass die Arbeiterbewegung im besten Falle Chancen habe, einige für die Arbeiter erleichternde *soziale Reformen* durchzusetzen, aber keinesfalls nach bolschewistischem Rezept eine vollkommen neu gestaltete Gesellschaft zu schaffen. In Anlehnung an Bernstein sollte ich eigentlich zuerst zeigen, wie sich infolge solcher sozioökonomischer Wandlungen die Voraussetzungen geändert haben, unter denen die Sozialdemokratie politisch handeln konnte. Ich nehme jedoch aus methodischen Gründen das zweite voraus und gehe erst im dritten und vierten Abschnitt auf die Umwälzung der sozioökonomischen Struktur ein.

2. Was haben reine oder koalitionsmässig gemischte Arbeiterregierungen erreicht?

Die Route der *Verstaatlichung* erwies sich fast überall als Holzweg, ausgenommen in Fällen, wo sie aufgrund eines historisch bedingten staatlichen Monopols selbstverständlich war (Post, Sozialversicherung, Bahnen). Es war sozusagen vorprogrammiert, dass die Verstaatlichung sowohl in Grossbritannien wie in Frankreich nichts anderes auslöste als Privatisierung der darauf folgenden sog. «bürgerlichen» Regierungen. Schon heute steht fest, dass die maximal staatsfreie, sich angeblich frei regulierende Wirtschaft bei forcierter Privatisierung keine überzeugende Antwort auf die Verstaatlichung bildet (vgl. P. Stolper über den Ruin der USA-Wirtschaft in der «NZZ» 122 v. 28./29.5.1988). Spätestens seit Galbraith (The New Industrial State, 1967; Economics, the public purpose, 1973) hätte man wissen müssen, dass es eine Illusion war, durch Verstaatlichung eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen. Erfolgversprechend war höchstens ein Staatssozialismus, wie ihn Schweden als gut funktionierende kapitalistisch-sozialistische Misch-Wirtschaft betreibt, oder wie ihn *Karl Schiller* in Anlehnung an *Keynes* nach 1966 in der BRD aufzog, um die Kaufkraft der Arbeitnehmerschaft zu erhöhen und die Wirtschaft anzukurbeln.

Wirklich zunehmenden Wohlstand und Zufriedenheit verdankte die Arbeiterschaft den drei folgenden Errungenschaften:
1. der Stärke der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt, dank welcher dem Arbeiter der ihm zustehende Anteil an steigender Produktivität zukam;
2. dem ausgebauten Sozialstaat mit seinem systematischen sozialen Sicherheitsnetz für die meisten aus dem Erwerbsleben Ausgeschiedenen (Arbeitslose);
3. dem Ziel, das die Sozialdemokratie als Regierungspartei verfolgte, aus den bloss als Bürger zweiter Klasse gebildeten Arbeitern gleichberechtigte Staatsbürger zu machen.

Ob die Arbeiterbewegung dabei den *Kapitalismus* grundlegend hat *verändern* können, darf wohl ruhigen Gewissens mit Nein beantwortet werden. Weder haben Mitbestimmungsrechte die autoritäre Struktur der grösser und grösser werdenden Betriebe aufgelockert noch bewirkte die Sozialversicherung eine wirkliche Umverteilung des Eigentums. Das gewerkschaftliche Machtpotential kann seit dem Einbruch der weltweiten Krise von 1973 nur mehr beschränkt eingesetzt werden. Die Arbeitslosen bilden nicht mehr wie zu Hitlers Zeiten ein Wählerpotential, mit welchem man Poker spielen kann. In England stellt Frau Thatcher die Brutalität der Klassenherrschaft des beginnenden 19. Jahrhunderts wieder her (Hunderttausende von total verarmten, zur Dreckarbeit gezwungene Kinder; Einführung der persönlichen Kopfsteuer, um die Millionen nicht zahlungsfähiger Arbeitsloser ihrer Rechte als Staatsbürger zu berauben, «NZZ» 294 vom 18.12.1987). Je weniger der Kapitalismus nach dem

schlimmen Vorbild der USA um Steigerung der Produktivität bemüht ist, desto mehr dient Kapital primär bloss noch dazu, seinen Wert auf angedrohten oder wirklich stattfindenden Elefantenhochzeiten zu vermehrfachen. Das nicht anders verwendbare liquide, d. h. praktisch «überfliessende» Geld dient zu Erpressungen oder gelungenen Raubzügen. Nestlé verfügte z. B. im Mai 1988 über 7 Milliarden Dollar liquides Kapital. Weltweit waren es zirka 10 Billionen Dollar! Diesem Überfluss steht die Knappheit des Kapitals überall da gegenüber, wo es nur deswegen nicht investiert wird, weil es zu wenig Gewinn abwirft, und weil Wagemut und Phantasie in solchen Sektoren fehlen. Über die Stellung der Arbeiterschaft diesem Kapitalismus gegenüber äussern wir uns im Schlussteil.

In der *Schweiz* wurde die *SPS im Bundesrat* erst zu einem ihrer Wählerstärke entsprechenden Anteil an der Regierungsmacht zugelassen, als der Freisinn dies nicht mehr länger verhindern konnte. Denn für die katholisch-konservative, vom ehemaligen Dollfussbewunderer *Rosenberg* gesteuerte Fraktion schlug erst 1959 die Stunde, da sie dem Freisinn eine dreifache Rechnung präsentiern konnte: 1. für dreissig Jahre Unterdrückung (1848–1890); 2. für 30 Jahre herablassende Duldung im Bundesrat (1891–1919); 3. für eine durch die Verhältnisse aufgezwungene, aber durch bittern Hass im Bundesratskollegium vergiftete «Kooperation» *(Schulthess* contra Musy). 1951 wurde diese durch die Nichtwahl eines konservativen Bundeskanzlers erneut unterstrichen. Ähnlich wie Frau Thatcher haben auch die drei bürgerlichen Fraktionen durch eine sture Majorisierung bei recht knappen, aber kaum mehr veränderbaren Mehrheitsverhältnissen den Vorrat an «Herzlichkeit» im Rahmen der sog. Konkordanz heute fast ganz aufgezehrt.
Die Arbeiterbewegung leidet als soziale Opposition unter einer für sie fast unvermeidlichen Schwäche: in *dem* Zeitpunkt, da sie ihre zentralen Anliegen nach langer Wartezeit und notabene im Interesse des *ganzen* Volkes durchgesetzt hat, ist ihr sozialpolitischer Vorrat erschöpft, weil er zum programmatischen Grundbestand aller Pateien geworden ist, soweit es um grundsätzliche Anliegen geht. In die erneute Opposition gedrängt, scheint die Sozialdemokratie heute in ihrem Handlungsspielraum durch eine neu erwachte Klassenpolitik bürgerlicher Regierungen um so empfindlicher eingeengt zu werden, als sie gleichzeitig auch von inneren, strukturbedingten Krisen in ihrer eigenen Anhängerschaft bedroht wird. Wenn *Dahrendorf* diesen Zustand als selbstverschuldetes «Elend der Sozialdemokraten» bezeichnet, weist er leider nicht darauf hin, dass innere Schwäche parallel zur allgemeinen Zunahme sozial Benachteiligter wächst, und dass sich für diese immer grösser werdende Gruppe niemand einsetzt. Billigerweise sollte er fragen, ob es nicht auch ein *«Elend des Bürgertums»* gibt. Dessen Politik beschränkt sich heute darauf, das zum Nutzen seiner eigenen Anhänger jeweilen «Erreichte» zu verteidigen. Es wird aus dem Bewusstsein ausgeblendet, dass die dahinrasende wissenschaftlich-technische Revolution das «Erreichte» paus-

enlos zum Verschwinden bringt. Die freie Marktwirtschaft gleicht keineswegs einem «frei spielenden Wettbewerb», sondern einem «blind wirkenden Spiel von im Endeffekt zerstörenden Kräften» («NZZ» 117 vom 21./22. Mai 1988).

3. Kulturelle und soziale Gründe für das gegenwärtige «Elend der Sozialdemokratie»

Es gehört ebenfalls zu den der Arbeiterbewegung eigenen Schwächen, dass sie das von ihr angestrebte Ziel, eine Volksmehrheit zu gewinnen, erst dann erreichte, als sie sich aus einer Klassen- in eine *Volkspartei* verwandelte (Programm von Godesberg, BRD, 1959, und von Winterthur, 1959). Das äusserlich sinnfälligste Kennzeichen dieser Umgestaltung war die *Öffnung* der Partei gegenüber *andern sozialen Schichten.* Sie gehörten nicht zur Arbeiterklasse im alten Sinne des Wortes. Es waren Angestellte, Beamte, Intellektuelle, z. T. sogar Unternehmer, die nach Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit strebten. Dieser Zustrom neuer Elemente vollzog sich in Nachahmung eines Vorgangs, der in der britischen Arbeiterbewegung schon zu Beginn des Jahrhunderts aufgetreten war, als Intellektuelle als Einzelmitglieder in die auf gewerkschaftlicher Kollektivmitgliedschaft ruhende Labourparty einzogen. Die aus Dichtern (z. B. Shaw), Ökonomen und Soziologen (z. B. Geschwister Webb) zusammengesetzte «Fabian Society» wollte der rein praktisch orientierten Partei wissenschaftliches Know-how zur Durchführung sozialer Reformen vermitteln. In der Schweiz beschränkte sich dieser Prozess nach 1959 auf eine allgemeine Angleichung der Programme.
Nun fiel aber diese Öffnung der Partei mit *vier* wechselseitig verknüpften und sich gegenseitig bedingenden oder sich ergänzenden *Prozessen* zusammen.
1. Als klassenmässig streng abgeschlossene *Gettobewegung* hatte die SP in jahrzehntelanger Kleinarbeit eine *subkulturelle Ersatzkultur* aufgebaut. Als Partei, die ihre Mitglieder am straffsten zu organisieren verstand, lebte die SP davon, dass diese gleichzeitig in Klientelvereinen im Bereich der Freizeit (Geselligkeit, Sport usw.) und der Verbreitung neuer Lebensformen (Atheismus, Abstinenzbewegung, Schrebergärten usw.) oder geschlechts- oder generationenspezifisch (Frauen, Jugendliche) solide an die Partei gebunden waren. Diese Marx noch unbekannte Subkultur wurde von Soziologen nach der Jahrhundertwende richtigerweise mit der bereits von Bernstein entdeckten sozialen Differenzierung der Arbeiterschaft in Verbindung gebracht. Die deutschen Soziologen *Max Weber* und *Theodor Geiger* unterschieden in diesem Sinne zwischen einer alten, durch die Arbeitsmarktlage gekennzeichneten sozial geschlossenen «dominanten Erwerbsklasse» und einer durch offene Grenzen ausgezeichneten und darum für soziale Mobilität durchlässigen «sozialen, subordinierten Klasse». Für Geiger verbanden sich Marktlage und Subkultur zu dem für die alte Klassengesellschaft typischen Ein-

heitsverhalten. Infolge von gleichartiger Wohnweise, von gleichartigen Arbeitsverhältnissen und gleichartigen Heirats- und Familienbedingungen wurde die damit verbundene *Erfahrung* so sehr zu einer ganze Generationen verbindenden zweiten Natur, dass er sie mit der *Haut* verglich, aus welcher kein Mensch herausschlüpfen kann.

2. Nun befand sich aber die in der subordinierten Klassenstruktur beheimatete Subkultur in Konkurrenz zu einer dem Arbeiter durch das *kulturell herrschende Bürgertum* aufgenötigten *Gegenkultur.* Als erster hat *Thorstein Veblen,* der «amerikanische Marx», erkannt, dass die bürgerliche Gesellschaft einen psychischen Mechanismus entwickelt, der dafür sorgt, dass die von der gesellschaftlichen Spitze gebildeten sozialen Normen bis hinunter zur sozialen Basis als allgemein verbindlich befolgt wurden. Damit wurde die *Arbeiterschaft* zu *kultureller Unterwürfigkeit* gezwungen. Sie wurde durch die autoritär geordnete Familie, Schule, Militärdrill und Rechtssprechung u. a. genötigt, die vom Bürgertum zelebrierten Leitwerte zu verinnerlichen. *Antonio Gramsci* hat es noch einfacher ausgedrückt: Herrschaft kann durch Kultur und Sprache rücksichtsloser gesichert werden als durch Polizei und Staatsgewalt. Wie tief die Macht *suggestiver Wörter* die Geister verändern kann, ist seit Hitlers Propagandaerfolgen Gemeingut all jener geworden, welche die Geister beherrschen wollen.

3. Nun wurde dieses gesellschaftliche Gleichgewicht zwischen klassenmässig abgeschlossener proletarischer und aufgedrängter bürgerlicher Kultur in eben *dem* Zeitpunkt empfindlich zuungunsten der dominanten Arbeiterklassenkultur gestört, als sich die Sozialdemokratie von einer Klassen- in eine Volkspartei umwandelte. Das dadurch entstehende soziale Vakuum füllte sich jetzt durch neue, durch die *Zivilisation des Massenkonsums* entwickelte Leitwerte. Dass man diese Erscheinung umbenannt hat in *«Demokratie des Verbrauchs»* legt erneut Zeugnis davon ab, wie allmächtig sprachliche Manipulationen sind. Die Demokratie wird nämlich dabei auf *ein* Lebenssegment beschränkt, in welchem Freiheit und Gleichheit wenig mehr zu suchen haben. Es war die wichtigste Folge des nach 1945 einsetzenden wirtschaftlichen Aufstiegs, dass zahlreiche neue Berufe geschaffen wurden und dass auch Arbeiterkinder sozial aufsteigen konnten. Damit lockerte sich die Abgeschlossenheit und Einheitlichkeit der durch Erwerbsarbeit geprägten dominanten Klassenstruktur. Die vom Massenkonsum ausgehende *Angleichung* der früher klassenmässig abgeschlossenen *Lebensstile* sorgte dafür, dass die Arbeiter mit zunehmender Mobilität in der weitmaschigen, offenen, subordinierten «sozialen» Klasse durch neue gesellschaftliche Leitbilder gekennzeichnet wurden. Auch die Raschlebigkeit der Zeit half mit bei der Auflösung des alten Klassenbewusstseins. Denn wenn alle 10 bis 15 Jahre ein kulturell bedingter Generationenwechsel stattfindet und gleichzeitig bis zu sechs verschiedene Generationen miteinander leben, fällt auch die von Geiger für die alte dominante Klassenbindung so entscheidende generationenbedingte *Erfahrung* als

Trägerin der für das alte Klassenbewusstsein so wichtigen Mentalität dahin. Die «Haut» als Symbol sozialer Solidarität wird überdeckt durch modebedingten raschen Wechsel von «Kleidern». Wenn rasch wechselnde Konsumgewohnheiten und Freizeitverhalten den Lebenstil *prägen,* werden wir angestachelt, uns durch *«demonstrativen Verbrauch»* (Veblen), d.h. prestigemässig voneinander abzuheben. Wir geraten dabei in einen vom Konsum diktierten Leistungswettbewerb.
Für diese neue, durch Offenheit und Mobilität ausgezeichnete Klassenschichtung werden neue Kriterien massgebend. Wir nennen die drei wichtigsten.

a) Wo *Prestige* über den sozialen Rang entscheidet, versucht jeder, den andern in seinem Konsumverhalten nachzuahmen und zu übertreffen. Der Arbeiter, der bis 1945 stets dazu aufgemuntert wurde, auf überflüssige Neuanschaffungen zu verzichten, unterwirft sich auf diese Weise einem für ihn neuartigen *Vergesellschaftungsprozess,* dem *Kosumzwang.*
b) Die *persönliche Freiheit* wurde erst von 1850 an, und nur für die bürgerliche Oberschicht, zu einer Realität; und zwar in Form des bürgerlichen Persönlichkeitskultes. Der liberale Individualismus schloss aber die enge Bindung an traditionelle *Gemeinschaften* wie Familie, Dorf, Quartier, Berufsstand, Bildungsschicht usw. nicht aus. Der prestigemässig beeinflusste Lebensstil hat nun aber der ursprünglich geistig-politischen Freiheit einen vollkommen neuen Gehalt gegeben. Er strebt danach, sich gerade von traditionellen Konventionen, *verpflichtenden Geboten,* Ansprüchen von Gemeinschaften zu *lösen;* Freiheit erhält fast ausschliesslich den Sinn von *Privatsache.* Trotz dieser «Dasch dänk my Privatsach»-Mentalität unterwirft sich der einzelne auch heute «freiwillig» gesellschaftlichen Zwängen. Der moderne Tanz symbolisiert diesen Zwiespalt. Obschon sich die Paare einem Diktat der Gleichförmigkeit unterwerfen, freut sich der einzelne Partner, als «einzigartiger Akrobat» maximal aufzufallen.
c) Je mehr der Massenkonsum die Individuen verwechselbar macht, desto mehr suchen sie das Incognito der *Anonymität.* Unter deren Deckmantel kann man verantwortungslos den Kult der freien Mobilität im Strassen- und Geschlechtsverkehr usw. ausleben. Das Leben von Singles wird zur gesellschaftlichen Norm. Singles beanspruchen eine schrankenlose *Autonomie* und damit auch immer mehr knapper werdende Güter (z.B. Wohn- und Strassenraum und damit mehr Boden). In den Singles ein Rekrutierungsfeld für die SP zu entdecken (R. Strahm in der «Weltwoche» 44 vom 29.10.1987), heisst das Pferd am Schwanz aufzäumen. Singles sind Feinde jeder Art von *Solidarität.* Nichts hat die Arbeiterbewegung gründlicher zerstört als diese *Privatisierung des Lebens.*

4. H. Schelsky und andere konservative Soziologen haben mit dem Begriff der *«nivellierten Mittelstandsgesellschaft»* erneut ein Beispiel für die manipulierende Wirkung der Sprache geliefert. Sie traten zwar mit dem

Anspruch auf, eine «neue Wirklichkeit» zu entdecken. Im Grunde deuteten sie die Massenverbrauchszivilisation rein konservativ, indem sie vortäuschten, diese sei Garant einer Gemeinschaft von lauter freien und gleichwertigen Staatsbürgern. Diese konservative Interpretation, die stillschweigend den klassenmässig bestimmten Arbeiter verschwinden liess, löste nun jenen berühmten *«kulturrevolutionären» Gegenstoss* aus, der unter dem Namen der *68er Bewegung* in die Geschichte eingegangen ist. Veblen hatte die Verinnerlichung bürgerlicher Werte durch den Arbeiter wegen ihrer gesellschaftsstabilisierenden Wirkung noch als positiv beurteilt. Die Prominenten der *«Frankfurter Schule» (Adorno, Marcuse* usw.) entlarvten nun aber dieselbe Erscheinung als *kulturellen Unterwerfungsmechanismus.* Wenn konservative Soziologen wie Schelsky das Ende des Proletariats verkündet hatten, waren nun die *Neomarxisten* als Erwecker einer Marxrenaissance überzeugt davon, dass sie das Industrieproletariat wieder zum Träger revolutionärer Bewegungen erwecken könnten.
Doch fühlte sich das zu Konsummaximierung und Privatisierung neigende ehemalige Proletariat von dieser Aufgabe durchaus nicht angesprochen. Als Subjekt einer solchen Bewegung meldete sich dagegen die *Studentenbewegung.* Doch missverstanden diese die zentralen Anliegen der «Frankfurter», vor allem von *J. Habermas.* Dieser kritisierte primär die faktische Abhängigkeit der «bürgerlichen Wissenschaft» von Industrie und Rüstung. Mit Bezug auf die Atombombe machte Adorno auf die *zerstörerische Kraft von Wissenschaft und Technik* aufmerksam. Die rebellierenden Studenten schränkten dagegen ihren Angriff auf die sogenannte «Ordinarienuniversität» ein und verlangten vor allem eine dem Wissenschaftsbetrieb nicht von vornherein bekömmliche *Demokratisierung* (sog. Drittelsparität von Professoren, Assistenten und Studenten und damit Majorisierung der ersten). Wenn sich die Studenten zudem in Anlehnung an Propheten eines *emanzipierten* Lebens (wie den «Sexologen» *Wilhelm Reich)* von jeglicher Art von Autorität distanzierten, leisteten sie im Grunde nur jenem Privatisierungsstreben Vorschub, welches von der Massenverbrauchsgesellschaft ohnehin gefördert wurde.

4. Die Sozialdemokratie zwischen emanzipatorischer Privatisierung und «grüner» Bewegung

Traten in den siebziger Jahren viele solche studentische Rebellen der SP bei, überwogen bei ihnen zunächst emanzipatorische Motive und nicht jener bescheidene Reformwille, welcher Intellektuelle vom Typus der britischen Fabians beim Umbau der Klassen- in eine Volkspartei (1959 ff.) zum Beitritt bewogen hatte. Konflikte mit den Arbeitern waren in doppelter Weise vorprogrammiert. Die altgedienten, nach alter Art klassenbewussten Arbeiter fühlten sich in ihrer Ehre angetastet, wenn sich Studenten anstelle von Proletariern als die einzig richtigen Subjekte einer neuen revolutionären Bewegung aufspielten. Der konsumorientier-

te Arbeiteraufsteiger erlag dem Zwangshandlungseffekt, mit dem sich alle Aufsteiger von der jeweilen untersten sozialen Schicht abheben; handle es sich nun um Schwarze in den USA, Kastenlose in Indien oder Fremdarbeiter in der Schweiz. Sie benötigen jemand, dem gegenüber sie sich überlegen fühlen können. Um so empfindlicher reagierten sie auf den intellektuellen Führunganspruch der Studenten.
Die *wirklich entzweienden inneren* Konflikte entzündeten sich aber nur äusserlich an solchen Fragen des sozialen Prestiges, da solche für eine mobile Gesellschaft fast unvermeidlich sind. Ihre tiefste Ursache lag in der eben damals (1970) noch jugendlich frischen und allseits willkommen geheissenen *Umweltschutzbewegung.* Wir beschränken uns bei dieser Analyse darauf, einige grundsätzliche Aspekte hervorzuheben.
1. Umweltschützer setzen sich aus *partiell betroffenen Minderheiten* zusammen. Die Summe socher zwangsläufig unterschiedlich interessierter Minderheiten gibt noch *keine einheitlich denkende Mehrheit.* Die Zuversicht, dass eine solche sich anlässlich einer einzigen Wahl schaffen lasse, war der grosse Irrtum der Sozialdemokratie (1987).
2. Wie kann man versuchen, solch ein einheitliches kollektives Bewusstsein zu schaffen? Die SP strebte zusammen mit den Grünen das Globalziel an, die *Energiefrage* zum gemeinsamen Nenner zu machen, mit dessen Hilfe die Oekologie als *interdependentes System* hätte verstanden werden können. Lässt sich doch eine Querverbindung herstellen zwischen fossilen Brennstoffen, elektrischer und Atom-Energie und dem Parallelgebiet Verkehr, dem Energiebedarf von Produzenten und Konsumenten bis zur Schädigung der Natur (Luft, Wasser, Boden, sowohl Wald als Feld) einschliesslich der Produktion von Giften und Abfällen sowie Zerstörung oder Verschleiss von Kulturland.
3. Die dieser Sicht entegengesetzte Strategie der Wachstumsfreunde und somit auch der *bürgerlichen Parteien* bestand darin, diese *Interdependenz in voneinander unabhängige Teilziele aufzulösen* und sie nach der Methode «Divide et impera» politisch streng getrennt zu behandeln. Damit zwangen sie ihre Gegner und deren Anhänger dazu, Vor- und Nachteile von Gebrauch und Verzicht der von der einen und anderen Seite zur Auswahl vorgelegten Güter gegeneinander abzuwägen. Die Wachstumsfreunde konnten einer solchen Güterabwägung bequem ausweichen, indem sie die Naturgüter immer noch als kostenlos bezeichneten und somit den Umweltschutz auf ein blosses Lippenbekenntnis reduzierten.
4. Die *rot-grüne* Front sah sich anderseits genötigt, eine für ihre Wähler keineswegs vorteilhafte *Güterabwägung* vorzunehmen. Wer wollte denn die Naturzerstörung stoppen, wenn dadurch die bestehende Wirtschaft lahmgelegt würde? Wer wollte auf Mobilität im privaten Verkehr oder auf billige oder gar auf herkömmliche Energie überhaupt verzichten, wozu er bei einem solchen Maximalprogramm zweifellos gezwungen worden wäre? Zudem: Wenn Umweltschutzkosten auf die Gemeinschaft überwälzt werden müssen, wird der *Wenigbemittelte* von diesen viel stärker

betroffen als der Reiche, der sich zahlreiche Alternativen leisten kann; z. B. einen beliebig teuren Parkplatz in der Stadt oder ein Privatflugzeug, wenn er des Autos überdrüssig ist.
5. Die *bürgerliche* Seite kalkulierte genau ein, dass man das *Überleben* der Menschen *nicht gegen* eine energie- und naturgüterfressende *emanzipatorische Zivilisation* durchsetzen kann, ohne sich auch den Arbeiter als Konsummaximierer zum Gegner zu machen. Darum gilt trotz erneuten Lippenbekenntnissen zu unverbindlichen Grenzwerten: Mag es der Natur noch so schlecht gehen, es heisst nein zur Einschränkung der Konsum- und Bewegungsfreiheit.
6. Eine realistische Analyse bedeutet für die SP und die Grünen nicht Verzicht auf ökologische Postulate. Doch sollte die Arbeiterbewegung dessen eingedenk sein, dass sich eine Mehrheit nicht kurzfristig erzwingen lässt. Diese wird erst möglich, wenn auch der Wohlsituierte die «Grenzen des Wachstums» *(Fred Hirsch)* am lebendigen Leib erfährt, sei's durch handgreifliche Katastrophen, denen er wie jedermann in gleich hilfloser Weise ausgesetzt ist, sei's, dass er in seinem eigenen Dreck erstickt. Die Arbeiterbewegung fährt am besten mit einer Vorwärtsstrategie, mit welcher sie nachweisen kann, dass Innovationsinvestitionen im bisher technisch vernachlässigten Sektor der konventionellen elektrischen und der alternativen Energie gleichzeitig für wagemutige Unternehmungen massenhaft neue Aufträge und für Arbeiter neue, besser bezahlte Arbeitsplätze einbringen.

5. Staatspolitisch zentrale Aufgaben, die auch in Zukunft primär von einer gut organisierten Arbeiterbewegung in Angriff genommen werden müssen

Die Arbeiterbewegung wird auch in Zukunft primär ihre Aufgabe als Interessenvertreterin der Arbeiter wahrnehmen müssen. Je genauer sie aber erkennt, welche Bevölkerungskreise ausschliesslich auf ihre Hilfe angewiesen sind, desto mehr wird sie durch die Verwirklichung sozialer Postulate auch ihre soziale Basis wieder erweitern können. Wir beschränken uns auf fünf Hinweise.

1. Je stärker der Druck wird, den der Kapitalismus von oben erzeugt, desto unentbehrlicher wird eine Bewegung, welche allen arbeitenden Menschen eine menschenwürdige Existenz garantiert. Je rarer die Arbeit wird, so dass nur noch arbeiteraristokratische Rationalisierungsgewinner übrigbleiben, desto mehr muss man daran erinnern, dass die Arbeiterbewegung von Anfang an von den «Aristokraten» (Typographen) ausgegangen ist, und dass an der Spitze erreichte Verbesserungen noch stets diejenigen der weniger gut Gestellten nach sich gezogen haben. So ist es bei der auch in der Schweiz immer mehr überhandnehmenden gewerkschaftsfeindlichen Mentalität der Unternehmer kein Wunder, dass gerade die «Aristokraten» zum Streik bereit sind, obschon sie 1904 durch

obligatorische Schlichtung von Konflikten den Streik als vermeidbar bezeichnet haben. Aber damals hatten die Buchdrucker die Typographen zur Beseitigung der eigenen Schmutzkonkurrenz (Kartell) nötig. Heute glauben sie diese Unterstützung nicht mehr nötig zu haben, weil sie die zukünftige Bedeutung der Arbeit sehr einseitig prognostizieren. Es ist kein Zufall, dass der Streitpunkt im vorliegenden Fall in der Entlöhnung und Gleichbehandlung von männlichen und weiblichen Hilfsarbeitern liegt. Beim Rentenalter verlangt man mit 65 Jahren Geschlechtergleichheit. Hier gilt sie nicht. Geht man als Arbeitgeber davon aus, dass man die «Arbeiteraristokraten» in standardisierten Verträgen zufriedenstellen und auf diese Weise ihre gewerkschaftliche Solidarität untergraben kann, ist man noch viel eher bereit, die Festlegungen der Arbeitsbedingungen von Hilfskräften trotz ihrer Unentbehrlichkeit der «Freiheit des Arbeitsmarktes zu überlassen». Die unter dem täuschenden Wort Flexibilisierung laufenden Kampagnen, Arbeiter entweder zu entlassen oder sie beliebig zu Nacht- und Sonntagsarbeit usw. zu verpflichten, zeigt deutlich, wie weit der «Herr-im-Hause»-Standpunkt auch in der Schweiz sich wieder durchzusetzen beginnt. Dieser würde sich besonders deutlich bei den kaum organisierbaren Heimarbeitern zeigen.

Allen diesen für die Arbeiterschaft pessimistischen Prognosen zum Trotz sollte sich diese daran erinnern, dass die Schweiz nach wie vor ihre Hauptchance darin besitzt, im Mittel- und Kleinbetrieb technisch hochwertige und international konkurrenzfähige Produkte herzustellen. Dieses Ziel lässt sich nur mit *qualitativ hochwertigen Arbeitern* erreichen. Sie geben aber ihr Bestes nur, wenn man ihnen und ihren Gewerkschaften die mühsam erkämpfte Gleichberechtigung nicht aberkennt. Die schrillen Töne, die man jetzt von Unternehmerseite auch in der Schweiz hören kann, entsprechen der Sirenenmelodie einer viel zu hoch kotierten englischen Frau (Margaret Thatcher). Ihre Wirtschaft ist durchaus kein Vorbild für uns. Kluge Engländer sehen schon ihr Ende: «Operation gelungen, Patient (britische Industrie) gestorben.»

Schliesslich müssen die Gewerkschaften darauf gefasst sein, dass man ihre Existenzberechtigung überhaupt in Frage stellt und sie durch leicht ersetzbare «Firmenorganisationen», «Hausverbände» ersetzen will (vgl. W. Bechtler, Unternehmer, Zumikon, über Flexibilisierung in «Zeitfragen» der NZZ 134 v. 11./12.6.1988). Solche und ähnlich denkende Arbeitgeber nehmen die Zukunft so weit voraus, dass sie die Arbeiter teilweise oder ganz durch *Angestellte* ersetzt sehen und diese von vornherein als gewerkschaftsfeindlich einstufen (Hausverbände). Wer erlebt hat, dass Ingenieure und andere Kaderangestellte z. B. bei BBC ebenso sehr von der Entlassung bedroht sind wie Arbeiter, begreift, dass Angestellte gewerkschaftlich leichter rekrutierbar werden.

2. Je kürzer die Arbeitszeit aus technischen Gründen wird, je dringender sich die Frage nach dem *Sinn* solcher immer intensiver werdenden Arbeit stellt, desto unausweichlicher wird die Frage nach dem Ausgleich zwischen Arbeit und *Freizeit* durch deren sinnvolle Gestaltung. Die Gewerk-

schaft wird ihre Aufmerksamkeit nicht nur der Freiheit *in* der Arbeit schenken, sondern der ganzen Lebensgestaltung. Dem blossen «Freizeit-Zeitvertreib» muss sie eine schöpferische Alternativkultur gegenüberstellen, in welcher z. B. die berufliche Fortbildung einen ebenso grossen Platz gewinnt wie die menschliche. Je fragiler die Sicherheit des Arbeitsplatzes, je verwirrlicher das moderne Privatrecht, desto unentbehrlicher werden die Dienste der Gewerkschaft im Sektor *Rechtsberatung*. Schliesslich erkennen die Gewerkschaften es immer stärker als ihre Aufgabe, in die Arbeiterbildung die *ökologische Bewusstseinsbildung* einzubeziehen. Das lässt sich durch geduldige Basisarbeit unter Hinweis auf konkrete Schädigungen durch ökologisch verantwortungslose Unternehmungen viel besser erreichen als durch eine vage Wahlpropagande.
3. Umgekehrt muss die SP nach wie vor die Führung in der *Sozialpolitik* übernehmen. Der Schutz der Arbeitnehmer ist nicht nur eine Sache der Tarifverträge, sondern ebensosehr der staatlichen Arbeiterschutzgesetzgebung. Die nicht organisierte Arbeiterschaft könnte bei Wahlen viel mehr darauf hin angesprochen werden, dass eine Kooperation zwischen der gewerkschaftlichen Tätigkeit auf dem Arbeitsmarkt und im Ratsaal unerlässlich ist.
4. Je mehr die *Solidarität* unter arbeitenden Menschen darunter leidet, dass auch sie wichtigste Entscheidungen ihres Lebens nur mehr als Privatsache einstufen, desto intensiver müssen die Gewerkschaften danach streben, an der so bitter notwendigen Wiederaufbauarbeit von *Gemeinschaften* mitzuwirken. Es gibt heute so unzählige rein unpolitische Selbsthilfegruppen, dass gerade sie für die Depolitisierung mitverantwortlich sind. Da dürfen wenigstens die Arbeiter in ihrem Depolitisierungsprozess nicht noch bestärkt werden. Alle Schweizer Zeitungen sind des Lobes voll über die Politisierung jugendlicher und kirchlicher *Basisgruppen* in den Ostblockländern, besonders in der DDR; nur weil sie den kommunistischen Allmachtsanspruch aushöhlen! Nun drücken sich aber führende Historiker der BRD dahin aus, dass der Kommunismus den deutschen Oststaat strukturell weniger verändert habe als der Konsumzwang und Wissenschaftsfanatismus den Weststaat. Wenn das «Elend der Sozialdemokratie» hauptsächlich im allgemeinen Privatisierungsprozess besteht, gehört der Aufbau neuer Gemeinschaften auch zu den dringenden Aufgaben der organisierten Arbeiterschaft. Sie richtet sich gegen den *Allmachtsanspruch* einer *arational gewordenen Wissenschaft* und Technik sowie gegen den Konsumzwang. Singles werden für die Gewerkschaftsbewegung vielleicht eher ansprechbar, wenn man an ihre geheime Sehnsucht nach Mitmenschlichkeit appelliert.
5. Schliesslich sei noch daran erinnert, dass auch die organisierte Arbeiterbewegung wieder dessen eingedenk werden könnte, dass man *Menschen mit Begriffen in Bewegung* bringen kann. Im Gegensatz zum bürgerlichen Widerpart und seiner neokonservativen Ideologie hat sie keine *Doktrin* mehr. Der Gegner weiss aber seine dürftige Ideologie in wirkungsvolle Schlagwörter umzuformen. Mit dem Slogan «Mehr Frei-

heit, weniger Staat» hat der Freisinn z. B. zwei Wahlschlachten gewonnen. Die beste Reaktion gegen eine solche Strategie besteht darin, solche *Schlachtrufe* mit anderer Bedeutung zu füllen. Der freisinnige Slogan wirkte nur deshalb so gut, weil er der herrschenden Mentalität «Dasch dänk my Privatsach» genau entsprach. Um die verheerenden Folgen dieser Mentalität bekümmerte sich der Freisinn nicht. Begriffe wie Flexibilisierung, Deregulierung, Privatisierung werden heute wie Glaubenssätze akzeptiert, obschon eine Entlarvung zeigen würde, dass sie als halbe Wahrheiten durch schlagende Gegenbegriffe einen Teil ihrer «magischen Wirkung» verlören. Gedanken haben nur solange «Macht über Menschen», bis sie durch schlagkräftige Gegenbegriffe überboten werden.

Namensverzeichnis

Charles Naine, 1871–1926, Führer des Neuenburger und Waadtländer Sozialismus; Pionier einer systemverändernden Gewerkschaftsbewegung bei gleichzeitiger Ablehnung der «Diktatur des Proletariats»; Nationalrat von 1912–1926.

Robert Grimm, 1881–1956, Führer des Landesstreiks 1918; bernischer Gemeinde- und Regierungsrat; Direktor der Bern–Lötschberg–Simplon-Bahn; Nationalrat 1911–1920, 1921–1955.

Karl Kautsky, 1854–1938, sozialdemokratischer Redaktor und Reichstagsabgeordneter; Privatsekretär des Marx-Mitstreiters Friedrich Engels und von diesem autorisierter Ausleger des die Lehre von Marx fortentwickelnden «orthodoxen Marxismus», Gegner des Bolschewismus und damit auch des Begründers der Sowjetunion, Wladimir Iljitsch Lenin.

Leo Trotzkij, 1879–1940, obschon seit 1905 als Menschewist Gegner Lenins, leitete er im Oktober 1917 im Einvernehmen mit Lenin den bolschewistischen Umsturz in Petersburg, dem heutigen Leningrad; Schöpfer und Führer der «Roten Armee»; von Stalin verdrängt und durch dessen Schergen in Mexiko ermordet.

Jean-Marie Musy, 1876-1952, katholisch-konservativer Freiburger Staatsrat; Bundesrat (Finanzen) 1919–1934; Widerpart des Freisinnigen Schulthess in der Landesregierung.

Philipp Etter, 1891–1977, Zuger Regierungs- und Ständerat; Bundesrat (Inneres) 1934–1959.

Max Weber, 1897–1974, sozialdemokratischer Redaktor, volkswirtschaftlicher Sekretär des SGB, Zentralpräsident des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverbandes, Begründer der Schweizer Arbeiterschule; Präsident des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine; Universitätsprofessor in Bern und Basel; Nationalrat 1939–1951, 1955–1971; Bundesrat 1951–1953, trat nach Ablehnung der von ihm als «äusserster Kompromiss» bezeichneten Finanzvorlage durch die Stimmbürger aus der Landesregierung zurück.

Konrad Ilg, 1877–1954, ab 1909 Zentralsekretär des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, 1917–1954 Präsident des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, Vater des sogenannten «Friedensabkommens» 1937; Nationalrat 1918–1919, 1922–1947.

Rudolf Hilferding, 1877–1941, österreichischer Arzt, bedeutendster Theoretiker des Sozialismus nach Marx («Finanzkapital» 1910); Analyse der damaligen Kapitalkonzentration; sozialdemokratischer deutscher Minister der Weimarer Republik, entzog sich durch Freitod der Verfolgung durch die Nazis.

Eduard Bernstein, 1850–1932, sozialdemokratischer Redaktor und Reichstagsabgeordneter 1902–1928; Begründer des Revisionismus (Zweifel an der bisher unangefochtenen Autorität von Karl Marx).

Karl Schiller, *1911, Volkswirtschaftler, Professor, leitete als Senator die Wirtschaftsressorts von Hamburg (1948–1953) und Berlin (1961–1965); Wirtschaftsminister der deutschen Koalitionsregierung 1966, dann unter Willy Brandt Wirtschafts- und später auch Finanzminister. 1972 Rücktritt und im gleichen Jahr Austritt aus der SPD.

John Maynard Keynes, 1883–1946, Nationalökonom, Berater britischer Regierungen, Publizist und Professor; führend in der Weiterentwicklung der Wirtschaftstheorie zur Überwindung der Zwischenkriegskrise; stellte die Nationalökonomie auf eine neue Grundlage (Keynesianismus).
Martin Rosenberg, 1908–1976, Generalsekretär der Konservativen Volkspartei der Schweiz 1941–1968.
Edmund Schulthess, 1868-1944, Aargauer Industrieanwalt und Ständerat; Bundesrat (Volkswirtschaft) 1912–1935.
Ralf Dahrendorf, *1929, Soziologe, liberaler Politiker, Professor an verschiedenen deutschen Universitäten; heute in Oxford; zeitweise Direktor der London School of Economics.
Max Weber, 1864–1920, bedeutendster deutscher Soziologe des 20. Jahrhunderts, weltweit wirksam durch seine Synthese von historischer und systematischer Soziologie; Professor an verschiedenen deutschen Universitäten.
Theodor Geiger, 1891–1952, neben Max Weber bedeutendster deutscher Soziologe, der sich vor allem mit der Erforschung der Klassen befasste; seit 1933 in Dänemark und Schweden.
Thorstein Veblen, 1857–1929, Nationalökonom; Professor an verschiedenen amerikanischen Universitäten; Kritiker der die Effizienz der Industrie störenden «müssigen Klasse».
Antonio Gramsci, 1891–1937, führender italienischer Theoretiker des Kommunismus, von Mussolini gefangen gehalten. Befasste sich vor allem mit den psychischen Mechanismen, mit deren Hilfe katholische Kirche und bürgerliche Gesellschaft die Unterschichten zur Unterwürfigkeit gegenüber dem herrschenden System veranlassen.
Helmut Schelsky, *1912, Soziologe, Professor in Hamburg und Münster; Vertreter einer konservativen Soziologie, die den Übergang von der Klassen- in eine «nivellierte Mittelstandsgesellschaft» beweisen will.
Theodor Adorno, 1903–1969, Philosoph und Soziologe, Professor in Frankfurt, von 1933 an in den USA, ab 1950 wieder in Frankfurt. Mit seiner Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft half er die 68er Studentenrevolte auslösen.
Herbert Marcuse, 1898–1979, Philosoph, lehrte an verschiedenen amerikanischen Universitäten, nachdem er 1933 erst nach Genf und dann in die USA emigierte, um der Nazi-Verfolgung zu entgehen. Betonte sehr stark die konkrete politische Aktion und wurde so zum geistigen Führer der 68er Studentengeneration.
Jürgen Habermas, *1929, Philosoph und Soziologe, Professor in Heidelberg und Frankfurt, jetzt Forscher an einem Max Planck-Institut; in Nachfolge seines Lehrers Adorno u. a. auch Kritiker der Zwiespältigkeit der heutigen Wissenschaft und Technik.
Wilhelm Reich, 1897-1957, österreichischer Psychoanalytiker, ab 1939 in den USA. Er lehrte u. a., die Gesellschaft halte ihre autoritäre Ordnung vor allem durch sexuelle Unterdrückung aufrecht.
Fred Hirsch, amerikanischer Nationalökonom, bekannt geworden durch sein 1976 erschienenes Werk «Social Limits to Growth». Danach wird in einer vom Konsumstil beherrschten Wirtschaft das Wachstum durch die Knappheit von nur einer Elite zugänglichen Gütern beschränkt.

*

Wichtigste Quellen *(zum Artikel von Bernard Degen)*

Nebst zahlreichen vereinzelten Quellen wurden für diesen Aufsatz vor allem Informationen aus folgenden Büchern verwendet:

Grimm, R.: Partei und Gewerkschaft. Bern zirka 1910.
Gruner, E.: Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Bern 1968.
Hüppy, J.: Geschichte des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Zürich 1910.
Masnata, F.: Le Parti socialiste et la tradition démocratique en Suisse. Neuchâtel 1963.
Scheiben, O.: Krise und Integration. Wandlungen in den politischen Konzeptionen der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz 1928–1936. Zürich 1987.
Siegenthaler, J.: Die Politik schweizerischer Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Winterthur 1968.
Solidarität, Widerspruch, Bewegung. 100 Jahre Sozialdemokratische Partei der Schweiz. Zürich 1988.